

Die Landesdelegiertenkonferenz hat beraten und beschlossen:

Mit 16 an die Urne.


Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg die Forderung beschließen, die Altersgrenze für die Ausübung des aktiven Wahlrechts bei Bezirkswahlen und Bürgerschaftswahlen in der Freien und Hansestadt Hamburg auf 16 Jahre abzusenken.

Begründung:

Mit Hilfe des aktiven Wahlrechts haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit die politischen Mehrheiten zu bestimmen und damit über die Richtung der Politik zu entscheiden. Es ist eines der wichtigsten demokratischen Rechte und ermöglicht die aktive Teilnahme an der Demokratie. Gerade unter jungen Menschen interessieren sich zu wenige für den Prozess demokratischer Willensbildung die demokratischen Institutionen. Eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bietet die Chance dem entgegenzuwirken und junge Menschen für die Demokratie in unserer Stadt zu begeistern.

Eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre fordert das politische Engagement im Alter von 16-18 Jahren, da nun tatsächlich aktiv Einfluss genommen wird und die jungen Bürgerinnen und Bürger nicht mehr nur passive Beobachter des politischen Geschehens sind. Gleichzeitig sollte eine Senkung des Wahlalters zur Folge haben, dass die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen verstärkt in den Fokus der politischen Akteure geraten und sich die Programmatik der Parteien sich verstärkt dieser Wählergruppe zuwendet, da es sich ja nun um „Wähler“ handelt. Beide Seiten, junge Wählerinnen und Wähler sowie aktive Politikerinnen und Politiker, mussten sich mehr miteinander beschäftigen. Für die politischen Parteien sollte dies ein zusätzlicher Anreiz sein, sich mit neuen Formen politischer Kommunikation zu befassen und diese im Wahlkampf einzusetzen, da diese neuen Formen in dieser Altersgruppe besonders verbreitet sind.

Auch für den Schulunterricht eröffnet ein gesenktes Wahlalter neue Möglichkeiten der praktischen Erfahrbarkeit von Demokratie: Bei Wahlen ist damit schon in früheren Stufen ein Unterricht möglich, der den tatsächlichen Vollzug des Wahlrechts vorbereitet. Darüber hinaus ermöglicht es, das gesenkte Wahlalter die Bezirkspolitik vermehrt zum Gegenstand des Unterrichts zu machen und einen Austausch zwischen Bezirkspolitik und Schulen zu fordern.



Viele Entscheidungen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung sind auch für junge Menschen direkt erfahrbar und es besteht ein Interesse diese mitzugestalten.

Eine Senkung des Wahlalters kann damit auch eine höhere Identifikation mit der Hamburger Kommunalpolitik schaffen. Dies gerade auch vor dem Hintergrund, als dass viele Entscheidungen der Hamburger Politik 16- und 17-jährige elementar betreffen oder wenige Jahre später (in der Regel weniger als die Dauer einer Legislatur) betreffen werden: Schulpolitik, Ausbildungspakt, Studiengebühren, etc.

Bei Kommunalwahlen wurde die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre schon in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Berlin und Sachsen-Anhalt vollzogen; in Bremen wurde jüngst das Wahlalter auch bei einer Landtagswahl auf 16 Jahre gesenkt. Auch Hamburg sollte diesen Schritt gehen.